



Demokratie und Zusammenhalt | 06.2026

Demokratie braucht Zukunft

Zur Bedeutung von Zukunftserwartungen für die Zukunftsfähigkeit der Demokratie

Jonathan M. Hoffmann, Lea Königshofen, Frieder Schmid und Kira Schrödel

Die Zukunft ist für viele Menschen kein Versprechen mehr. Die Mehrheit blickt pessimistisch auf das Wohlergehen zukünftiger Generationen, positive Zukunftsbilder fehlen und Politik wird häufig als kurzfristiges Krisenmanagement wahrgenommen. Das ist mehr als ein Stimmungsbild. Denn Demokratie lebt nicht nur von Wahlen, Institutionen und politischen Entscheidungen. Sie lebt auch von der Vorstellung, dass gesellschaftliche Entwicklung gestaltbar ist. Wer davon ausgeht, dass die Zukunft vor allem Risiken, Verluste und gesellschaftlichen Abstieg bereithält, bewertet politische Entscheidungen anders als jemand, der in ihnen Schritte auf dem Weg zu einer besseren Zukunft erkennt. Unsere Ergebnisse zeigen: Wo die Zukunft als Abstiegsfad wahrgenommen wird und die Chance auf ein besseres Morgen gering scheint, dort wird zunehmend das Funktionieren der Demokratie infrage gestellt und werden seltener Parteien der politischen Mitte gewählt.

Die Ergebnisse dieses Policy Briefs zeigen, dass Zukunftserwartungen nicht nur den Blick auf morgen prägen, sondern auch die Bewertung von Demokratie und Politik in der Gegenwart. Zukunftserwartungen sind deshalb eine wichtige Ressource demokrati-

scher Legitimation: Menschen, die pessimistisch auf das Wohlergehen zukünftiger Generationen blicken, sind deutlich häufiger unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie und unterstützen seltener Parteien der politischen Mitte. Gleichzeitig fehlt

vielen Befragten eine positive Vorstellung davon, wie sich Gesellschaft künftig entwickeln könnte. Demokratie braucht deshalb nicht nur die Aushandlung von Lösungen für aktuelle Probleme, sondern auch den Streit über unterschiedliche Vorstellungen einer wünschenswerten Zukunft. Der Einwurf zeigt zunächst, wie Menschen in Deutschland auf die Zukunft blicken (Kapitel 1), untersucht die Zusammenhänge zwischen Zukunftserwartungen, Demokratiezufriedenheit (Kapitel 2) und politischer Orientierung (Kapitel 3) und fragt schließlich, welche Rolle Zukunftsbilder und langfristige Orientierung für die Zukunftsfähigkeit der Demokratie spielen (Kapitel 4). Zuletzt formulieren wir drei zentrale Handlungsempfehlungen für Politik, Parteien und Zivilgesellschaft.

Methodik

Die zitierten Umfragewerte hat das Meinungsforschungsinstitut YouGov Deutschland GmbH im Auftrag der Bertelsmann Stiftung in einer Onlinebefragung im Zeitraum vom 09. bis 23.12.2025 erhoben. Befragt wurden insgesamt 2.117 Personen, die aus dem YouGov Panel anhand repräsentativer Kriterien (Alter, Geschlecht, Bildung, Wohnregion, Urbanisierungsgrad, politisches Interesse und Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2025) rekrutiert wurden. Die Anmeldung im YouGov Panel ist freiwillig und erfolgt selbstständig. Voraussetzung für eine Anmeldung ist der Zugang zum Internet. Die Ergebnisse wurden entsprechend gewichtet und sind repräsentativ für die Wohnbevölkerung ab 18 Jahren in Deutschland.

1. Menschen in Deutschland blicken pessimistisch in die Zukunft

Mehr als die Hälfte der Menschen (52 Prozent) geht davon aus, dass es zukünftigen Generationen (eher) schlechter gehen wird als Menschen heute (siehe Abbildung 1). Nur sieben Prozent glauben, dass es zukünftige Generationen besser haben werden. Die Vorstellung, dass die Zukunft für kommende Generationen – Kinder, (Ur-)Enkel:innen, die Gesellschaft als Ganzes – vor allem Chancen und Möglichkeiten bereithält, scheint durch Sorgen um Verletzlichkeit, Abstieg und Kontrollverlust abgelöst worden zu sein. Solche negativen gesellschaftlichen Zukunftserwartungen sind ein „strukturelles Problem“, weil sie Vertrauen in Gesellschaft und Politik untergraben (El-Mafaalani 2026: 56).

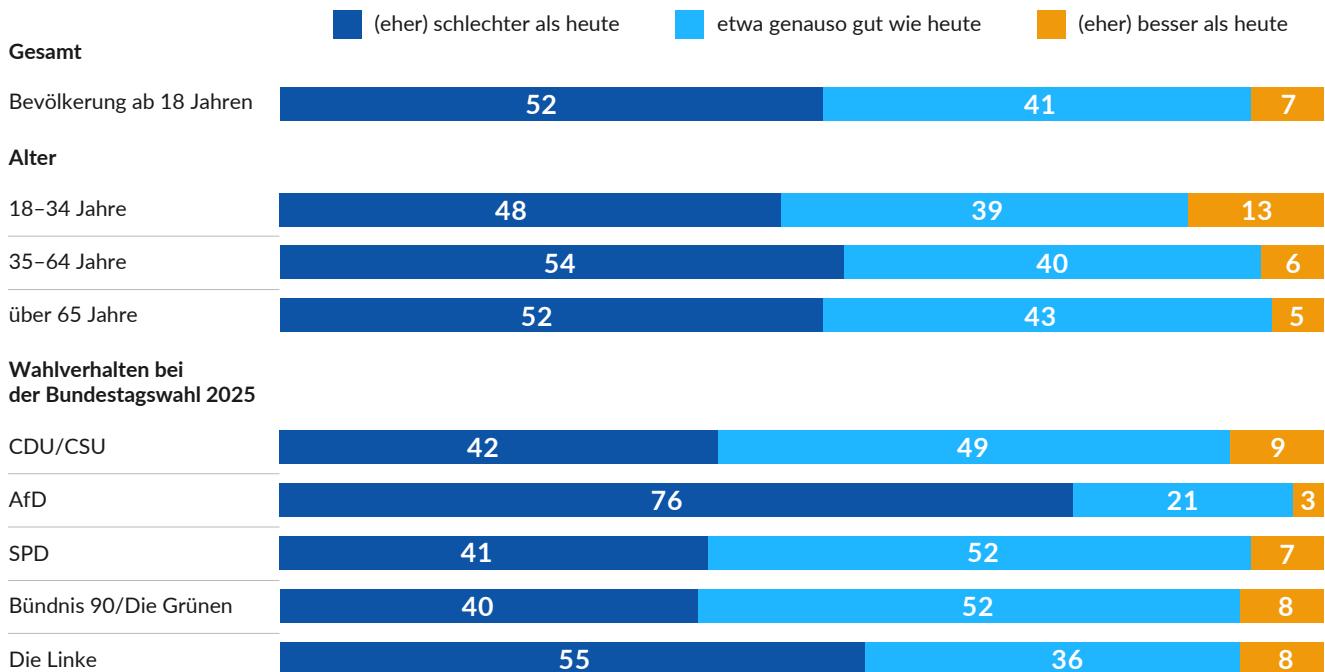
Im internationalen Vergleich zeigt Deutschland dabei besonders pessimistische Zukunftserwartungen – und dieser Pessimismus hat in den vergangenen Jahren weiter zugenommen (Edelman Trust Barometer 2025; 2026).¹ Zwar waren auch frühere Jahrzehnte von großen Zukunftssorgen geprägt, in den 1980er Jahren etwa durch die Angst vor Atomkrieg, HIV oder hoher Arbeitslosigkeit. Dennoch fallen die heutigen Zukunftserwartungen noch negativer aus (vgl. Gaub 2026). Allerdings bewerten Menschen die Zukunft vom heutigen Standpunkt aus: Das Wohlstandsniveau, mit dem sich die Zukunft vergleichen muss, ist historisch einmalig. Von diesem Punkt aus scheint die Vorstellung von gesellschaftlichem Fortschritt, Aufstieg und Verbesserung der Verhältnisse nur noch wenige zu überzeugen.

Zukunftspessimismus ist kein Generationenphänomen, sondern zieht sich durch alle Altersgruppen. In jeder Altersgruppe erwartet etwa jede zweite Person, dass es kommenden Generationen (eher) schlechter gehen wird als heute. Junge Menschen blicken jedoch etwas optimistischer in die Zukunft: Mit 13 Prozent ist der Anteil derjenigen, die eine Verbesserung erwarten, unter den 18- bis 34-Jährigen etwa doppelt so hoch

1 Zukunftspessimismus ist in westlichen Demokratien wie Japan, Italien, Australien oder Großbritannien insgesamt weit verbreitet – im Gegensatz zu beispielsweise China, Saudi-Arabien oder Indien, wo die Mehrzahl der Menschen glaubt, dass es zukünftigen Generationen besser gehen wird. Allerdings sind internationale Vergleiche vorsichtig zu interpretieren, da die Bewertung zukünftiger Entwicklungen relativ zu den jeweils wahrgenommenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen erfolgt und im Kontext unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Strukturen stattfindet. Zudem ist das Edelman Trust Barometer in seiner Aussagekraft eingeschränkt, weil die Daten mindestens teilweise über Onlinepanel erhoben werden, was in einigen Gesellschaften signifikante Teile der Bevölkerung ausschließt.

ABBILDUNG 1 Zukunftserwartungen in Deutschland

Wie wird es zukünftigen Generationen in Deutschland im Großen und Ganzen gehen?
Angaben in Prozent



Fragestellung enthielt folgenden Hinweis: Mit zukünftigen Generationen sind in diesem Fragebogen Menschen gemeint, die in Zukunft geboren werden. Das Wohlergehen zukünftiger Generationen (Zukunftserwartungen) wurde auf einer Skala von „1 = wesentlich schlechter als heute“ bis „11 = wesentlich besser als heute“ gemessen. Zur besseren Lesbarkeit berichten wir kategorisierte Ergebnisse (1–4: (eher) schlechter als heute, 5–7: etwa genauso gut wie heute, 8–11: (eher) besser als heute). BSW, FDP und sonstige Parteien aufgrund geringer Fallzahlen nicht dargestellt. Abweichungen von 100 % aufgrund von Rundungsdifferenzen.

Quelle: YouGov. Repräsentativ für die Wohnbevölkerung ab 18 Jahren, 2.117 Befragte, 09.–23.12.2025

BertelsmannStiftung

wie unter den 35- bis 64-Jährigen (6 Prozent) und den über 65-Jährigen (5 Prozent).

Zukunftserwartungen hängen auch damit zusammen, welche politischen Präferenzen die Befragten haben. Wählende von AfD und Die Linke sind pessimistischer als Wählende von Parteien der politischen Mitte (CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen). Mehr als drei von vier AfD-Wählenden (76 Prozent) glauben, dass es zukünftige Generationen schlechter haben werden. Mehr als jede:r zweite Wählende von Die Linke (55 Prozent) teilt diese Auffassung. Dagegen ist der Anteil von Wählenden der politischen Mitte, die pessimistisch in die Zukunft blicken, wesentlich geringer. Das bedeutet nicht, dass Wählende von Parteien der Mitte eher an ein besseres Morgen glauben würden als Wählende von anderen Parteien: Unabhängig von der politischen Präferenz glaubt nicht einmal jede:r Zehnte Wählende daran, dass es zukünftige Generationen

besser haben werden, aber Wählende von Parteien der Mitte weisen etwas mehr Zukunftsoptimismus auf und nehmen die Gesellschaft anscheinend seltener als im Abstieg begriffen wahr.

Auffällig ist also, dass Wählende von AfD und Die Linke pessimistischer auf das Wohlergehen zukünftiger Generationen blicken. Gerade Wählende der AfD sind besonders pessimistisch und besorgt. Offen bleiben muss an dieser Stelle die Richtung der Kausalität: Wählen Menschen die AfD, weil sie pessimistischer in die Zukunft blicken oder sind AfD-Wählende aufgrund ihrer politischen Präferenz pessimistischer? Deutlich wird aber, dass Zukunftserwartungen nicht gleichmäßig über das politische Spektrum verteilt sind und in Zusammenhang mit Wahlentscheidungen stehen. Welche Rolle Zukunftserwartungen für Demokratiezufriedenheit und politische Orientierung spielen, untersuchen wir in den Kapiteln 2 und 3 genauer.

2. Zukunftspessimismus und Unzufriedenheit mit der Demokratie gehen Hand in Hand

Pessimismus bezüglich des Wohlergehens zukünftiger Generationen ist also weit verbreitet. Doch wo Zukunft eher als Risiko denn als Chance wahrgenommen wird, verschiebt sich der gesellschaftliche Fokus leicht auf den Erhalt des Status quo: Langfristige Investitionen, gesellschaftliche Entwicklung und transformative Projekte verlieren dann an Zustimmung.

Teil des demokratischen Fundaments ist es, Zukunft als verhandelbaren Raum der Möglichkeiten offenzuhalten – es braucht verschiedene politische Angebote, um demokratisch zwischen ihnen wählen zu können. Wenn aber gesellschaftliche Veränderung unwahrscheinlich und schwierig erscheint und der Erhalt des Status quo zur besten verfügbaren Option wird, schrumpft der Raum des politisch Gestaltbaren. Demokratien stehen deshalb trotz aller Krisen vor der Herausforderung, die Veränderbarkeit der Zukunft zu sichern und so die Grundlage für gesellschaftliche Selbstwirksamkeit zu stärken (White 2024; Metelmann und Welzer 2020). Ein „Mangel an Zukunft, an Zuversicht, an Perspektive“, so Felix Heidenreich (2025: 12), „gefährdet die Stabilität vieler Demokratien.“

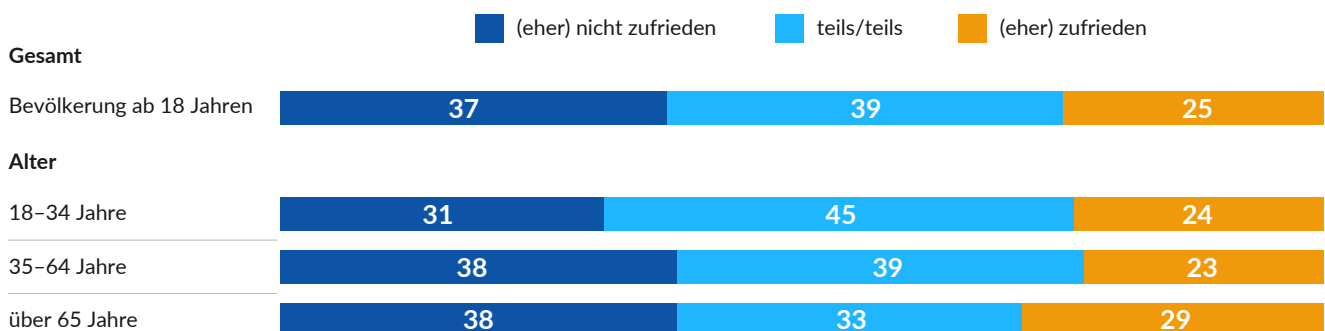
Zugleich zeigt der aktuelle Demokratiemonitor der Bertelsmann Stiftung, dass die Zustimmung zu demokratischen Werten, Regeln und Institutionen hoch und seit 2019 sogar gestiegen ist (Vehrkamp und Koß 2026). Der Demokratiemonitor zeigt aber auch, dass Akzeptanz des demokratischen Systems und die Bewertung seiner Funktion stark auseinanderfallen. Mit dem Funktionieren der Demokratie, ihrer Leistungsfähigkeit und der Qualität ihrer Prozesse, sind viele unserer Befragten momentan nicht zufrieden (siehe Abbildung 2). Die vergleichsweise geringe Zufriedenheit zeigt: Viele Menschen erleben eine deutliche Kluft zwischen ihren Erwartungen an Demokratie und ihrer gegenwärtigen Erfahrung politischer Wirklichkeit.

Die Unterschiede zwischen den Altersgruppen fallen dabei vergleichsweise gering aus. Jüngere Menschen äußern sich etwas häufiger ambivalent, während ältere Menschen etwas häufiger zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie sind. Insgesamt zeigt sich jedoch ein bemerkenswert ähnliches Bild über die Generationen hinweg.

Die Kluft zwischen demokratischem Ideal und politischer Realität ist für Demokratien zunächst nichts Ungewöhnliches. Problematisch wird sie dort, wo Menschen nicht mehr daran glauben, dass politische Veränderung zum Besseren in Zukunft – mit der nächsten Wahl, durch Engagement und Einsatz –

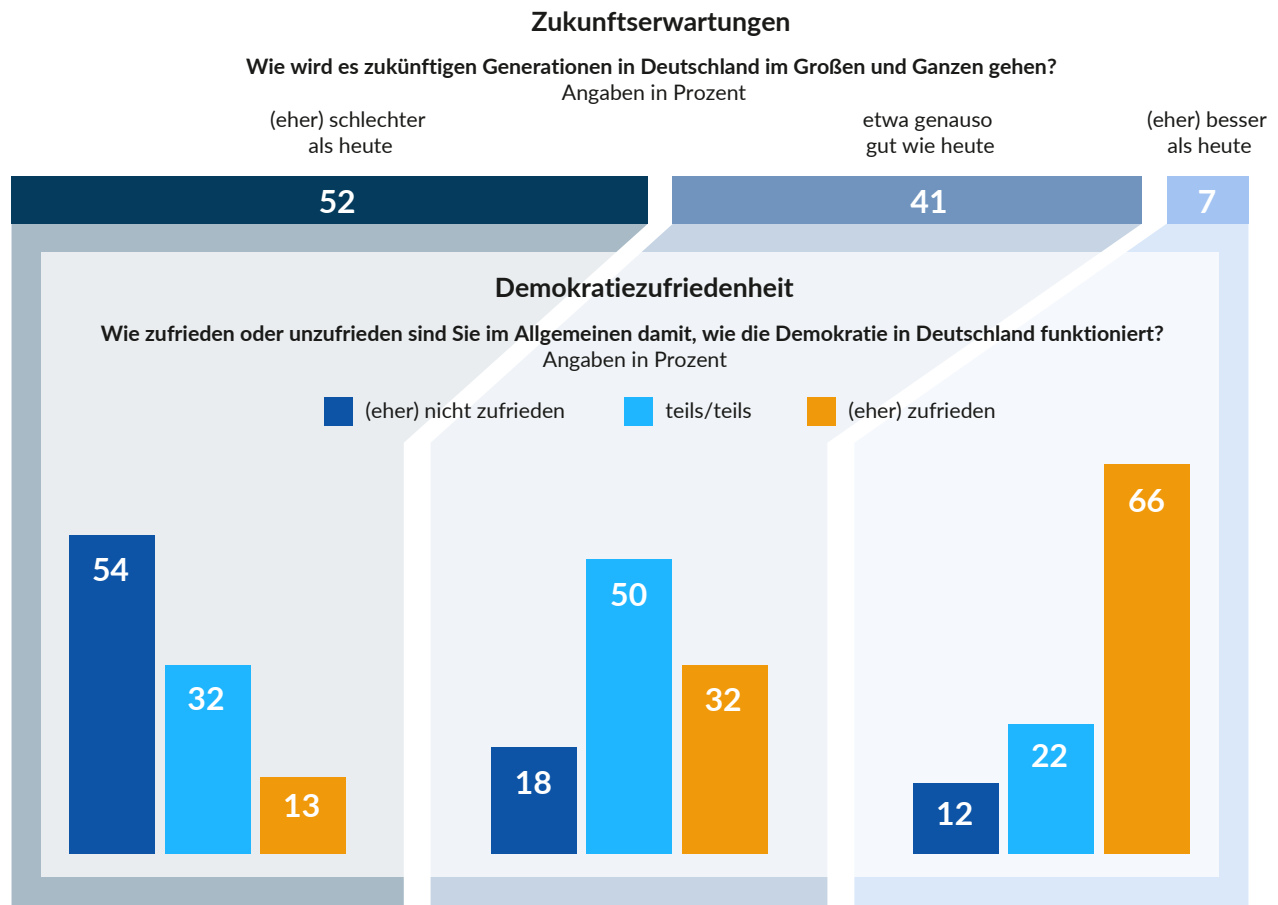
ABBILDUNG 2 **Demokratiezufriedenheit**

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie im Allgemeinen damit, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert?
Angaben in Prozent



Zufriedenheit mit der Demokratie wurde auf einer Skala von „1 = überhaupt nicht zufrieden“ bis „11 = sehr zufrieden“ gemessen. Zur besseren Lesbarkeit berichten wir kategorisierte Ergebnisse (1–4: (eher) nicht zufrieden, 5–7: teils/teils, 8–11: (eher) zufrieden). Abweichungen von 100 % aufgrund von Rundungsdifferenzen.

ABBILDUNG 3 Demokratiezufriedenheit nach Zukunftserwartungen



Das Wohlergehen zukünftiger Generationen (Zukunftserwartungen) wurde auf einer Skala von „1 = wesentlich schlechter als heute“ bis „11 = wesentlich besser als heute“ gemessen. Zur besseren Lesbarkeit berichten wir kategorisierte Ergebnisse (1–4: (eher) schlechter als heute, 5–7: etwa genauso gut wie heute, 8–11: (eher) besser als heute). Zufriedenheit mit der Demokratie wurde auf einer Skala von „1 = überhaupt nicht zufrieden“ bis „11 = sehr zufrieden“ gemessen. Zur besseren Lesbarkeit berichten wir kategorisierte Ergebnisse (1–4: (eher) nicht zufrieden, 5–7: teils/teils, 8–11: (eher) zufrieden). Abweichungen von 100 % aufgrund von Rundungsdifferenzen.

Quelle: YouGov. Repräsentativ für die Wohnbevölkerung ab 18 Jahren, 2.117 Befragte, 09.–23.12.2025

| BertelsmannStiftung

möglich ist. Wird Zukunft vor allem mit Unsicherheit und Verlust verbunden, kann sich die Unzufriedenheit mit einzelnen Regierungen oder politischen Prozessen gegen die Funktion des demokratischen Systems selbst wenden.

Die Daten legen einen engen Zusammenhang zwischen Zukunftserwartungen und Demokratiezufriedenheit nahe (siehe Abbildung 3): Unter Menschen, die pessimistisch auf das Wohlergehen zukünftiger Generationen schauen, ist der Anteil derer, die unzufrieden mit

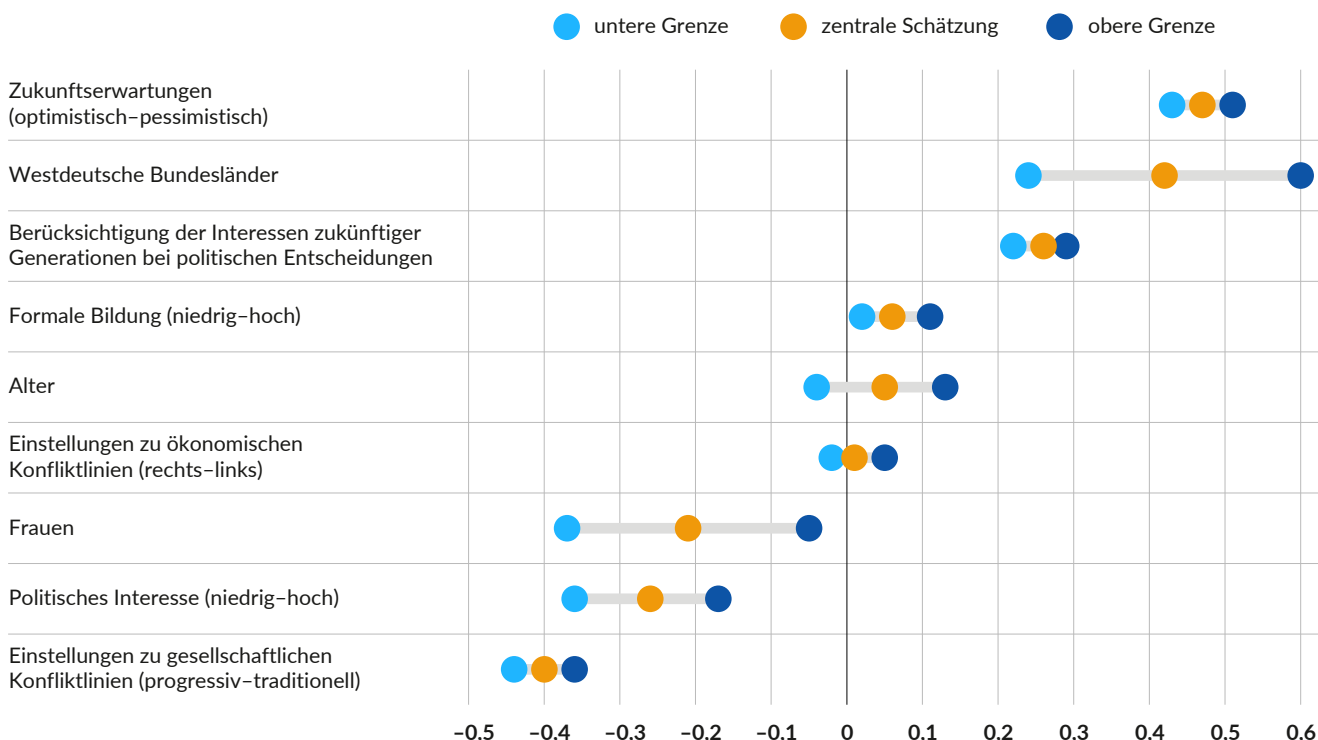
der Demokratie sind, mit 54 Prozent mehr als vier Mal so hoch wie unter jenen, die optimistisch sind (12 Prozent). Um zu prüfen, ob dieser Zusammenhang auch unter Berücksichtigung anderer Einflussfaktoren bestehen bleibt, haben wir ihn regressionsanalytisch untersucht.

Das Regressionsmodell zeigt, dass Menschen, die optimistisch auf das Wohlergehen kommender Generationen schauen, zufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie sind (siehe Abbildung 4).² Zukunftsoptimismus ist die Variable, die den stärksten Effekt auf

² In einem zweiten Modell haben wir zusätzlich Vertrauen in Politik als unabhängige Variable aufgenommen. Wer Politik vertraut, bewertet das Funktionieren der Demokratie im Durchschnitt positiver. Dieses Ergebnis steht im Einklang mit anderen politikwissenschaftlichen Studien: Obwohl die beiden Konzepte theoretisch nicht identisch sind, überlappen sie sich empirisch. Auch in diesem Alternativmodell sind Zukunftserwartungen trotz des starken Zusammenhangs zwischen Zufriedenheit mit der Demokratie und Vertrauen in Politik statistisch relevant für Demokratiezufriedenheit.

ABBILDUNG 4 Regressionsmodell: Demokratiezufriedenheit

Zusammenhang zwischen Demokratiezufriedenheit und ausgewählten Variablen.



Intercept (Baseline): 4,80 (untere Grenze: 4,18, obere Grenze: 5,40).

Bayessche Regression. Abhängige Variable: Zufriedenheit mit der Demokratie. Dargestellt sind zentrale Schätzwerte und die oberen und unteren Grenzen des Intervalls, innerhalb dessen der Effekt in der Population mit einer Wahrscheinlichkeit von 90 Prozent liegt.

Quelle: YouGov. Repräsentativ für die Wohnbevölkerung ab 18 Jahren, 2.117 Befragte, 09.-23.12.2025

BertelsmannStiftung

die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie hat. Gleichzeitig zeigen sich Ost-West-Unterschiede: Menschen, die in den westdeutschen Bundesländern wohnen, sind zufriedener mit der Demokratie. Das gilt auch für Menschen, die glauben, dass die Interessen zukünftiger Generationen bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden.³ Weitere relevante Zusammenhänge zeigen sich für Geschlecht

(Frauen sind weniger zufrieden mit der Demokratie), politisches Interesse (je stärker das Interesse für Politik, desto unzufriedener mit der Demokratie) und gesellschaftliche Konfliktlinien (traditionellere Positionen⁴ gehen mit höherer Unzufriedenheit einher). Für Alter, Bildungsstand und ökonomische Konfliktlinien zeigt sich im Modell dagegen kein statistisch belastbarer Einfluss auf Demokratiezufriedenheit.

3 Berücksichtigung zukünftiger Generationen bei politischen Entscheidungen wurde auf einer Skala von „1 = trifft überhaupt nicht zu“ bis „11 = trifft voll und ganz zu“ gemessen. Zur besseren Lesbarkeit berichten wir kategorisierte Ergebnisse (1-4: trifft (eher) nicht zu, 5-7: teils/teils, 8-11: trifft (eher) zu). Wortlaut der Frage: „Wenn Sie einmal grundsätzlich an die Politikerinnen und Politiker im Deutschen Bundestag denken: Inwiefern treffen folgenden Aussagen auf diese zu oder nicht zu? – Politikerinnen und Politiker bedenken bei politischen Entscheidungen die Auswirkungen auf zukünftige Generationen ausreichend.“

4 Einstellungen zu gesellschaftlichen Konfliktlinien (traditionell vs. progressiv) haben wir mithilfe einer Matrixfrage mit verschiedenen Einstellungsaussagen auf einer Skala von „1 = stimme überhaupt nicht zu“ bis „11 = stimme voll zu“ gemessen. Einbezogen wurden Aussagen zu den Themen Klimawandel, Gleichstellung der Frauen in der Gesellschaft und Migration. Wortlaut der Frage: „Es gibt zu verschiedenen politischen Themen unterschiedliche Meinungen. Wie ist das bei Ihnen: Was halten Sie von folgenden Aussagen? Die staatlichen Maßnahmen zur Gleichstellung der Frauen in der Gesellschaft gehen heute schon viel zu weit / Zur Bekämpfung des Klimawandels sollten die Abgaben auf fossile Brennstoffe wie Öl, Gas und Kohle erhöht werden / Einwanderinnen und Einwanderer sollten verpflichtet werden, sich der deutschen Kultur anzupassen.“

Regressionsanalytische Auswertung

Um die Zusammenhänge zwischen Zukunftserwartungen und Demokratiezufriedenheit bzw. politischen Präferenzen zu analysieren, haben wir Bayessche Lineare und Logit-Wahrscheinlichkeitsmodelle geschätzt. Wir haben Bayessche gegenüber frequentistischen Regressionsansätzen bevorzugt, da sie eine realistischere und robustere Darstellung von Unsicherheit und Varianz in den Beziehungen zwischen den Parametern liefern. Bayessche Regressionen liefern einen zentralen Schätzwert für den statistischen Zusammenhang zwischen einer oder mehreren unabhängigen und einer abhängigen Variablen sowie ein Intervall (obere/untere Grenze), in dem der statistische Zusammenhang in der Population mit einer Wahrscheinlichkeit von 90 Prozent liegt.

In einem ersten Modell wurde der Zusammenhang zwischen Zukunftserwartungen und Zufriedenheit mit Demokratie untersucht. Als abhängige Variable diente Zufriedenheit mit Demokratie, als unabhängige Variablen wurden im Modell Zukunftserwartung, Berücksichtigung zukünftiger Generationen bei politischen Entscheidungen, Vertrauen in Politik, Einstellungen zu gesellschaftlichen Konfliktlinien (Zuwanderung, Klimawandel, Gleichstellung der Geschlechter), Einstellungen zu ökonomischen Konfliktlinien (Umverteilung, Mietmarktregulierung), politisches Interesse, Alter, Geschlecht, formale Bildung und Wohnregion (Ost/West) berücksichtigt.

In einem zweiten Modell wurde der Zusammenhang zwischen Zukunftserwartungen und politischen Präferenzen untersucht. Abhängige Variable war die Präferenz für Parteien der politischen Mitte (Wahlabsicht für CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP) gegenüber anderen Parteien (Wahlabsicht

für AfD, Die Linke, BSW). Während wir bei den deskriptiven Analysen keine Ergebnisse für die Wählendengruppen BSW und FDP berichten, weil beide Analysegruppen weniger als 100 Befragte umfassen, berücksichtigen wir beide Wählendengruppen in den Regressionsanalysen, weil wir so das gesamte Parteienspektrum abbilden und die Stichprobe optimal nutzen können. Als unabhängige Variablen wurden Zukunftserwartung, Berücksichtigung zukünftiger Generationen bei politischen Entscheidungen, Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2025, Vertrauen in Politik, Einstellungen zu gesellschaftlichen Konfliktlinien (Zuwanderung, Klimawandel, Gleichstellung der Geschlechter), Einstellungen zu ökonomischen Konfliktlinien (Umverteilung, Mietmarktregulierung), politisches Interesse, Alter, Geschlecht, formale Bildung und Wohnregion (Ost/West) im Modell berücksichtigt.

Wir haben auf die Aufnahme der ökonomischen Lage in die Regressionsmodelle verzichtet, da 326 Teilnehmer:innen (16 Prozent) keine Angabe zu ihrem Einkommen machten. Die univariate deskriptive Analyse zeigt, dass Zukunftspessimismus tendenziell mit schlechterer ökonomischer Lage einhergeht. Da wir mit Bildung ein mit Einkommen korreliertes Merkmal in den Modellen abbilden, kann dennoch von einem robusten Modell ausgegangen werden.

In beiden Regressionsmodellen wurden für alle Modellparameter schwach informative Priors zentriert auf null mit einer Standardabweichung von 2,5 verwendet. Die Priors für den Intercept wurden auf 5 mit einer Standardabweichung von 2 festgelegt. Diese Priors wurden gewählt, um die Modellkoeffizienten nicht zu verzerren, eine angemessene und zugleich effiziente Exploration des Priorraums zu ermöglichen und zudem die Wahrscheinlichkeit zu verringern, dass die Modelle unrealistische Beziehungen schätzen.

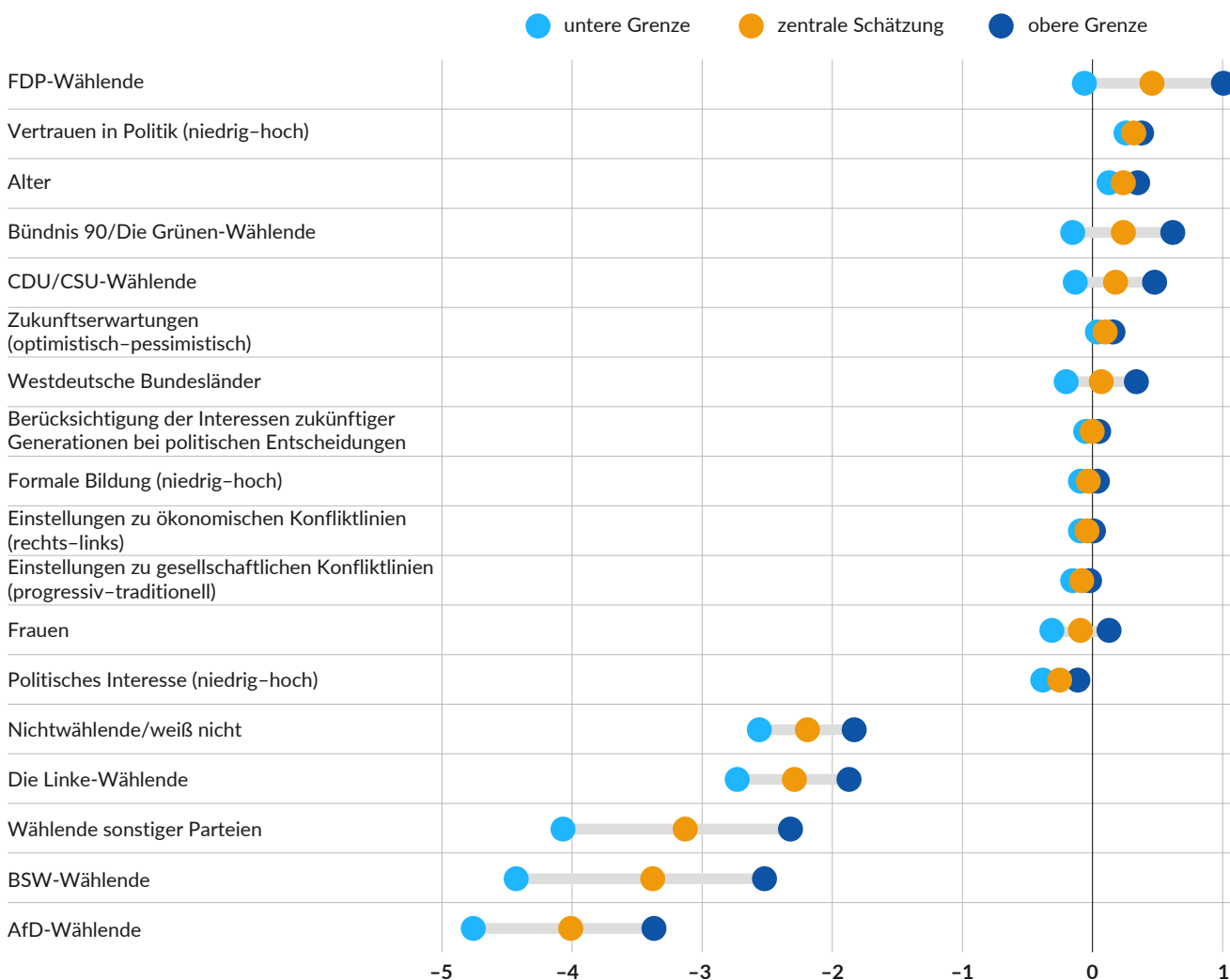
3. Zukunftspessimismus geht mit geringerer Unterstützung der Parteien der politischen Mitte einher

Zukunftserwartungen sind nicht nur für die Bewertung des Funktionierens der Demokratie relevant, sondern prägen auch politische Einstellungen und Wahlentscheidungen. Sie sind damit ein wichtiger Bestandteil

der politischen Nachfrageseite: Die Vorstellungen, die Menschen von der Zukunft haben, beeinflussen, welche politischen Konzepte und Zukunftsangebote sie überzeugen. In Kapitel 1 wurde bereits sichtbar, dass Zukunftspessimismus unter Wählenden von AfD, BSW und Die Linke stärker verbreitet ist als unter Wählenden von Parteien der Mitte. Dieser Zusammenhang bestätigt sich auch in der regressionsanalytischen Auswertung (siehe Abbildung 5). Menschen mit optimistischerem Blick auf das Wohlergehen kommender Generationen

ABBILDUNG 5 Regressionsmodell: Politische Präferenz

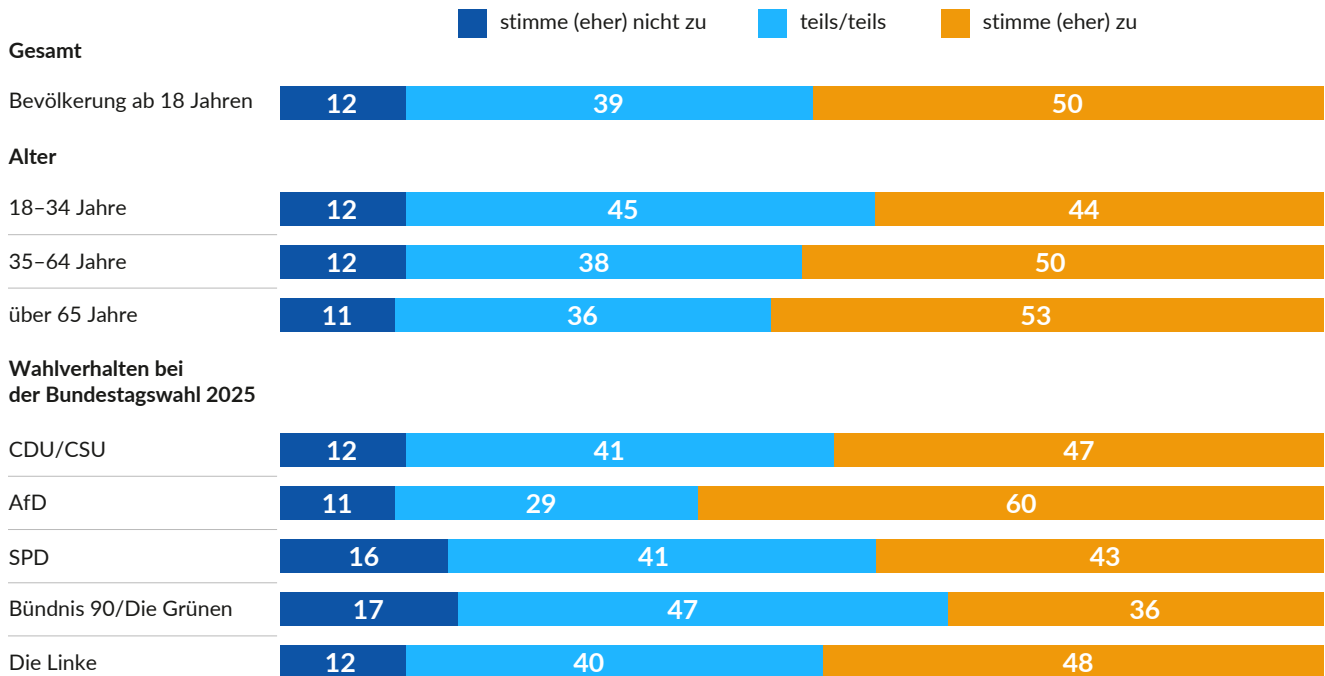
Zusammenhang zwischen politischer Präferenz und ausgewählten Variablen



Intercept (Baseline): 0,29 (untere Grenze: -0,6, obere Grenze: 1,1).
 Bayessche Regression. Abhängige Variable: Wahlabsicht für Parteien der Mitte (CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP). Dargestellt sind zentrale Schätzwerte und die oberen und unteren Grenzen des Intervalls, innerhalb dessen der Effekt mit einer Wahrscheinlichkeit von 90 Prozent in der Population liegt. Wählergruppen auf Basis des Wahlverhaltens bei der Bundestagswahl 2025. Wählergruppen sind binär kodiert, Vergleichsgruppe sind SPD-Wählende (SPD-Wählende sind deshalb nicht dargestellt).

ABBILDUNG 6 Mangel an Zukunftsbildern bei Parteien

„Bei den meisten im Bundestag vertretenen Parteien weiß ich nicht, für welches Zukunftsbild sie stehen.“
Angaben in Prozent



Die Zustimmung zu der Aussage wurde auf einer Skala von „1 = stimme überhaupt nicht zu“ bis „11 = stimme voll zu“ gemessen. Zur besseren Lesbarkeit berichten wir kategorisierte Ergebnisse (1–4: stimme (eher) nicht zu, 5–7: teils/teils, 8–11: stimme (eher) zu). BSW, FDP und sonstige Parteien aufgrund geringer Fallzahlen nicht dargestellt. Abweichungen von 100 % aufgrund von Rundungsdifferenzen.

Quelle: YouGov. Repräsentativ für die Wohnbevölkerung ab 18 Jahren, 2.117 Befragte, 09.–23.12.2025

BertelsmannStiftung

tendieren eher zu Parteien der Mitte (SPD, CDU/CSU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen), pessimistischere Zukunftserwartungen gehen häufiger mit einer Präferenz für andere Parteien (AfD, Die Linke, BSW) einher.

Besonders stark hängen in der Regressionsanalyse erwartungsgemäß früheres Wahlverhalten sowie Vertrauen in politische Institutionen mit der aktuellen Parteipräferenz zusammen. Zukunftserwartungen bleiben jedoch auch darüber hinaus ein relevanter Faktor für die politische Orientierung der Befragten. Entscheidend für die politische Präferenz scheint dabei weniger die Wahrnehmung konkreter politischer Verfahren zur Berücksichtigung zukünftiger Generationen zu sein, die wir separat abgefragt haben, sondern die grundsätzliche Erwartung, dass gesellschaftliche Entwicklung kommenden Generationen zugutekommen wird oder nicht.

Die Ergebnisse zeigen, dass sich die politische Nachfrageseite deutlich entlang von Zukunftserwartungen unterscheidet. Parteien können aber nicht nur auf bestehende Zukunftserwartungen reagieren, sondern zugleich versuchen, diese durch politische Erzählungen und Zukunftsangebote zu prägen. Zukunftserwartungen sind also auch für die Angebotsseite relevant. Die Unterschiede in den Zukunftserwartungen verschiedener Wählergruppen werfen daher die Frage auf, ob Parteien erkennbar vermitteln können, welche Vorstellung von gesellschaftlicher Zukunft sie vertreten – und ob diese wahrgenommen wird. Unsere Daten zeigen: Die Hälfte (50 Prozent) weiß bei den meisten Parteien nicht, für welches Zukunftsbild sie stehen (siehe Abbildung 6). Dies deutet darauf hin, dass Parteien ihre Zukunftsbilder nicht ausreichend sichtbar und unterscheidbar vermitteln.

Diese Wahrnehmung eines Mangels an Zukunftsbildern bei Parteien ist bei Älteren etwas stärker ausgeprägt als bei Jüngeren. Vor allem Wählende von Bündnis 90/Die Grünen scheinen die Zukunftsangebote der Parteien klarer wahrzunehmen oder Unterschiede in ihnen zu erkennen, während Wählende von AfD, Die Linke und CDU/CSU sie deutlich weniger wahrnehmen. Insgesamt zeigt sich, dass viele Menschen gegenwärtig kein ausreichendes politisches Angebot wahrnehmen, das Orientierung für die Zukunft bietet.

Gleichzeitig deutet eine Analyse der Parteiprogramme zur Bundestagswahl 2025 darauf hin, dass Zukunftsbezüge in den Programmen der Parteien durchaus vorhanden sind. Programme der Parteien der Mitte weisen sogar tendenziell eine höhere Zukunftsorientierung auf als Programme anderer Parteien. Insgesamt bleiben die Zukunftsbilder jedoch häufig abstrakt und „bieten wenig Anknüpfungspunkte für eine fundierte Zukunftsdebatte“ (Küsters und Andritzky 2025: 17).

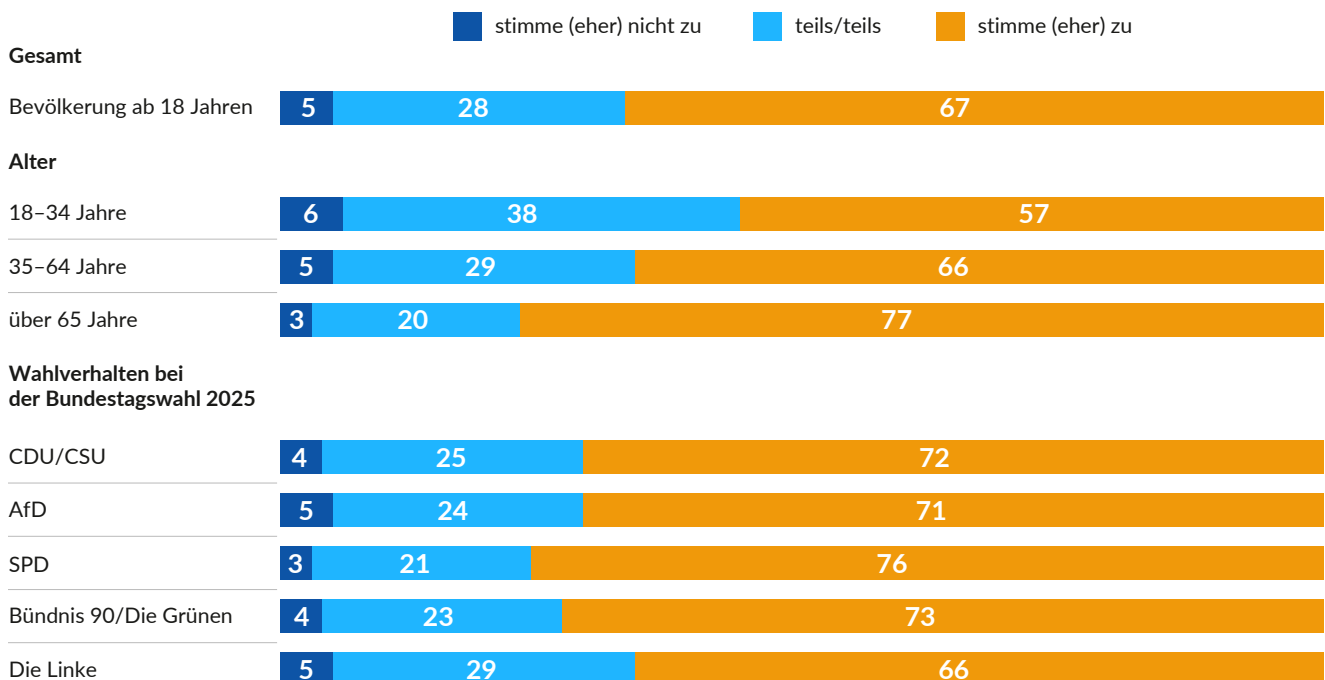
Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass das Problem nicht allein im Fehlen von Zukunftsbildern liegt.

Zukunftsangebote scheinen darüber hinaus nicht ausreichend sichtbar, differenziert oder im politischen Alltag verankert zu sein, um als Orientierung für gesellschaftliche Entwicklung wahrgenommen zu werden. Das Vermissen von Zukunftsbildern ist dabei nicht auf Wählende von AfD oder Die Linke begrenzt, sondern findet sich auch in großen Teilen der Anhängerschaft von CDU/CSU und SPD. Isabella Hermann (2025: 168) beschreibt dieses Defizit treffend: „Besonders in Krisenzeiten, wenn alte Gewissheiten brüchig werden, entfalten Zukunftsnarrative ihre größte Kraft. [...] Momentan hat die politische Mitte hier wenig Überzeugendes anzubieten.“

Zukunft ist kein Thema, das zu bespielen sich nur für bestimmte Parteien lohnen würde. Denn zwei Drittel (67 Prozent) der Befragten halten Parteien ohne klares

ABBILDUNG 7 Parteiattraktivität nach Zukunftsbild

„Parteien ohne klares Zukunftsbild finde ich weniger unterstützenswert.“
Angaben in Prozent



Die Zustimmung zu der Aussage wurde auf einer Skala von „1 = stimme überhaupt nicht zu“ bis „11 = stimme voll zu“ gemessen. Zur besseren Lesbarkeit berichten wir kategorisierte Ergebnisse (1–4: stimme (eher) nicht zu, 5–7: teils/teils, 8–11: stimme (eher) zu). BSW, FDP und sonstige Parteien aufgrund geringer Fallzahlen nicht dargestellt. Abweichungen von 100 % aufgrund von Rundungsdifferenzen.

Zukunftsbild für weniger unterstützenswert (siehe Abbildung 7). Auf der Nachfrageseite zeigt sich also ein breiter Wunsch nach politischer Zukunftsorientierung. Anhänger:innen aller Parteien goutieren, wenn Parteien klare Zielbilder haben. Der Wunsch nach politischer Zukunftsorientierung findet sich zudem über alle Altersgruppen hinweg und nimmt mit dem Alter sogar deutlich zu. Zukunftsorientierung erweist sich damit nicht als Anliegen einzelner politischer oder gesellschaftlicher Gruppen, sondern als breites gesellschaftliches Bedürfnis.

Zukunftsbilder sind dabei nicht nur kommunikative Elemente politischer Programme, sondern können eine wichtige Ressource politischer Orientierung sein. Allerdings deuten die Ergebnisse auf ein Spannungsverhältnis zwischen der starken Nachfrage nach Zukunftsorientierung und dem wahrgenommenen Mangel von Zukunftsbildern auf der politischen Angebotsseite hin. Das Problem liegt dabei offenbar nicht allein im

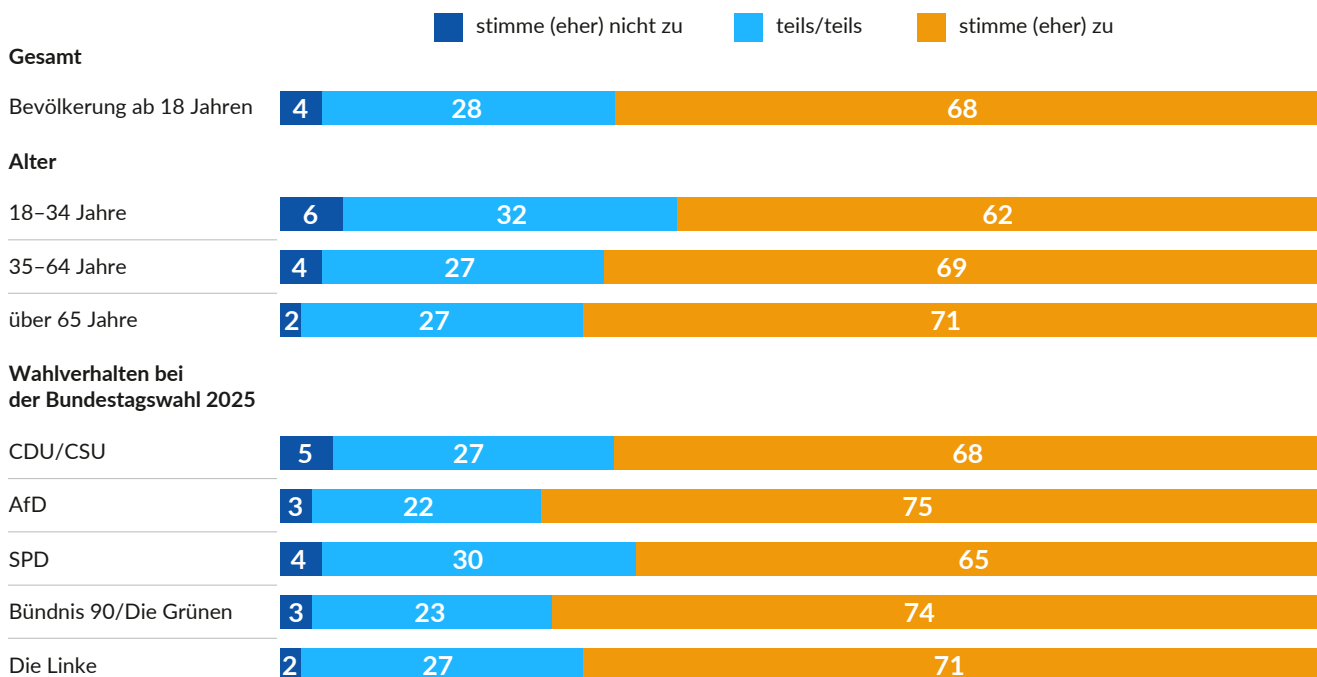
Fehlen von Zukunftsbildern bei den Parteien. Vielmehr scheinen viele Zukunftsangebote nicht ausreichend sichtbar, unterscheidbar oder orientierungstiftend zu sein. Für Parteien ergibt sich daraus die Herausforderung, Zukunftsbilder nicht nur programmatisch zu formulieren, sondern im politischen Alltag, in öffentlichen Debatten und im Regierungshandeln sichtbar zu machen, sodass sie als Orientierung für gesellschaftliche Entwicklung wahrgenommen werden.

4. Großer Mehrheit fehlen positive Zukunftsperspektiven

Der wahrgenommene Mangel an Zukunftsbildern aufseiten der Parteien ist Ausdruck eines tieferliegenden gesellschaftlichen Problems: Vielen Menschen fehlt eine positive Vorstellung davon, wie sich unsere Gesellschaft zukünftig entwickeln könnte (siehe Abbildung 8). Mehr als zwei Drittel (68 Prozent) finden,

ABBILDUNG 8 Mangel an positiven Zukunftsbildern

„In unserer Gesellschaft fehlt es an positiven Bildern von unserer Zukunft.“
Angaben in Prozent



Die Zustimmung zu der Aussage wurde auf einer Skala von „1 = stimme überhaupt nicht zu“ bis „11 = stimme voll zu“ gemessen. Zur besseren Lesbarkeit berichten wir kategorisierte Ergebnisse (1–4: stimme (eher) nicht zu, 5–7: teils/teils, 8–11: stimme (eher) zu). BSW, FDP und sonstige Parteien aufgrund geringer Fallzahlen nicht dargestellt. Abweichungen von 100 % aufgrund von Rundungsdifferenzen.

dass es in der Gesellschaft an positiven Bildern von der Zukunft fehlt. Dieser Eindruck zieht sich durch nahezu alle gesellschaftlichen und politischen Gruppen und ist besonders ausgeprägt unter Wählenden der AfD (75 Prozent) und von Bündnis 90/Die Grünen (74 Prozent).

Zukunftsbilder sind dabei mehr als bloße Visionen. Sie schaffen Orientierung darüber, welche gesellschaftlichen Ziele verfolgt werden und woran politische Entscheidungen gemessen werden können. Konkrete Zukunftsbilder und -narrative können auch emotionale Anziehungskraft entfalten und so erfahrbar machen, warum sich Anstrengungen, Veränderungen oder Belastungen lohnen können. Positive Zukunftsbilder machen also wünschenswerte Zukünfte vorstellbar und können Hoffnung, Zuversicht und Motivation erzeugen.

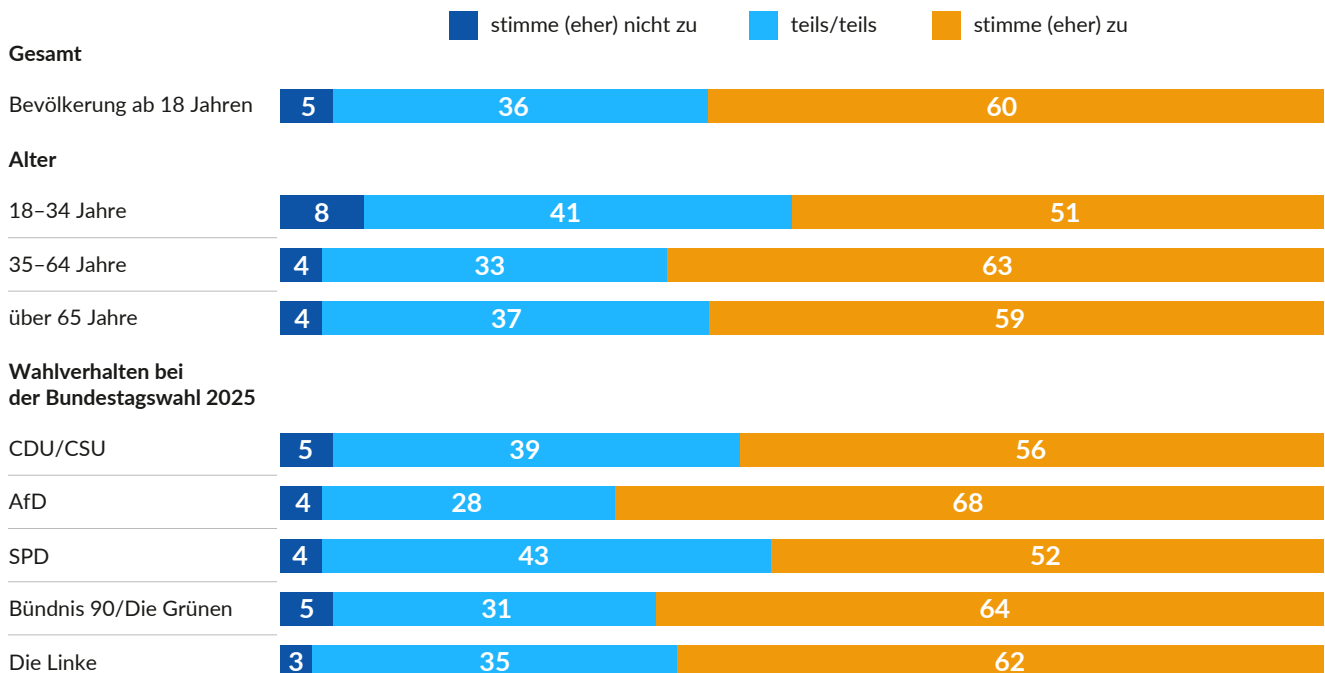
Fehlen solche Zukunftsbilder, fällt es schwerer, aktuelle Maßnahmen und Reformen in eine langfristige Ent-

wicklungsperspektive einzuordnen. „Ohne Zukunftsvorstellungen und Zukunftsbilder“, stellen Metelmann und Welzer (2020: 12) fest, „kreisen Gesellschaften und ihre Politiken unausweichlich nur um den kleinen Punkt der Gegenwart und bekommen gerade darum Probleme, weil ohne Zukunftshorizont kaum zu sagen ist, wozu jene Maßnahme und dieses Gesetz erlassen wird.“ Eine Analyse der Bundestagsdebatten (Küsters und Andritzky 2024) unterfüttert diese Beobachtung. Denn Beiträge zu kurzfristigen Herausforderungen nehmen im Parlament zu.

Doch nicht nur positive Zukunftsbilder fehlen vielen Menschen. Auch langfristige Perspektiven spielen aus Sicht vieler Befragter in politischen Entscheidungen nur eine untergeordnete Rolle (siehe Abbildung 9). Weit mehr als die Hälfte (60 Prozent) hat das Gefühl, dass politische Entscheidungen selten einer langfristigen Idee folgen. Bemerkenswert ist auch hier weniger die Differenz zwischen den Gruppen als die breite Zustim-

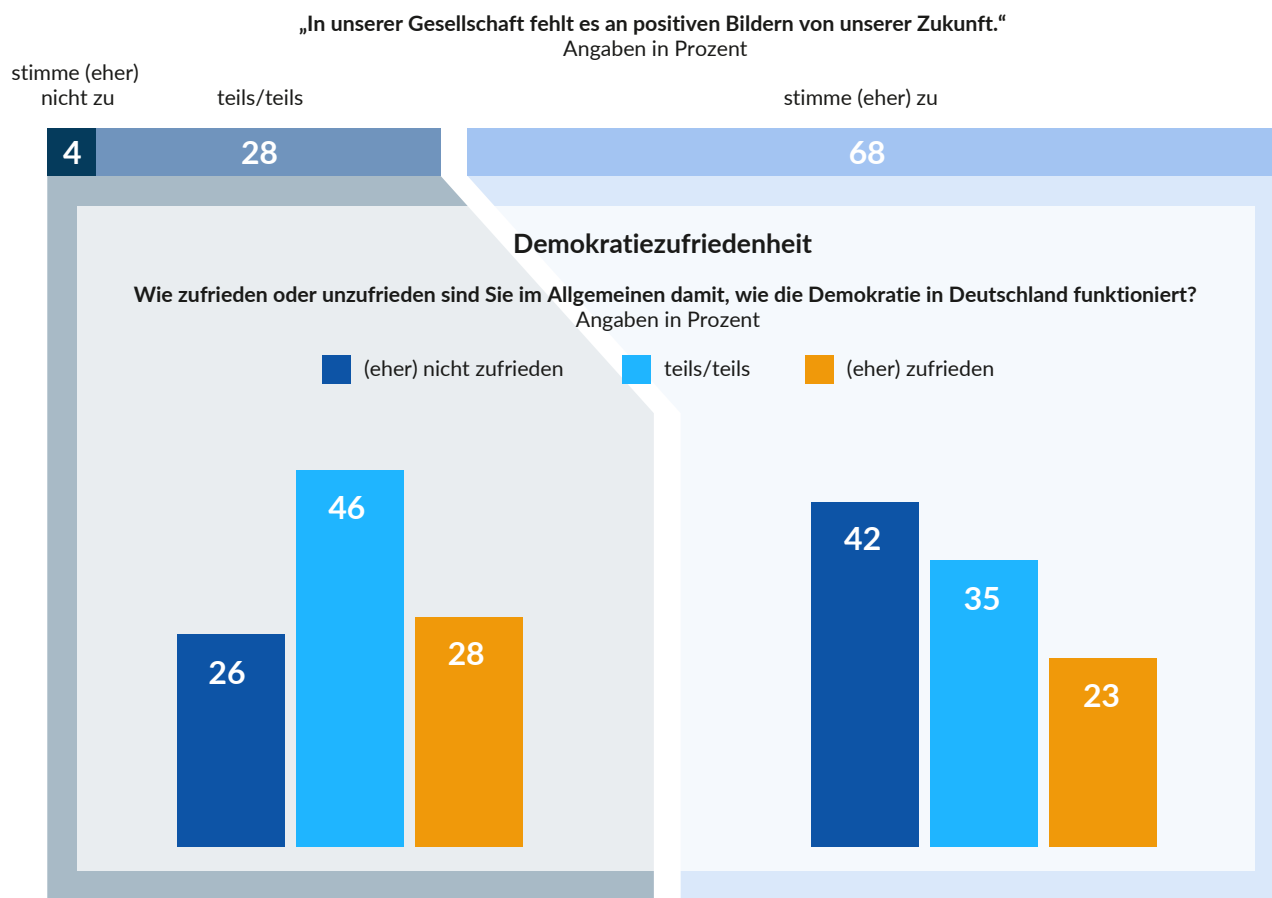
ABBILDUNG 9 Langfristigkeit politischer Entscheidungen

„Ich habe das Gefühl, dass politische Entscheidungen heute selten einer langfristigen Idee folgen.“
Angaben in Prozent



Die Zustimmung zu der Aussage wurde auf einer Skala von „1 = stimme überhaupt nicht zu“ bis „11 = stimme voll zu“ gemessen. Zur besseren Lesbarkeit berichten wir kategorisierte Ergebnisse (1–4: stimme (eher) nicht zu, 5–7: teils/teils, 8–11: stimme (eher) zu). BSW, FDP und sonstige Parteien aufgrund geringer Fallzahlen nicht dargestellt. Abweichungen von 100 % aufgrund von Rundungsdifferenzen.

ABBILDUNG 10 **Demokratiezufriedenheit nach Mangel an positiven Zukunftsbildern**



Die Zustimmung zu der Aussage „Mangel an positiven Zukunftsbildern“ wurde auf einer Skala von „1 = stimme überhaupt nicht zu“ bis „11 = stimme voll zu“ gemessen. Zur besseren Lesbarkeit berichten wir kategorisierte Ergebnisse (1–4: (eher) nicht zufrieden, 5–7: teils/teils, 8–11: (eher) zufrieden). Zur Sicherung aussagekräftiger Gruppengrößen wurde die Auswahl von „stimme (eher) nicht zu“ (Antwortoptionen 1-4) und „teils/teils“ (Antwortoptionen 5-7) in einer Gruppe zusammengeführt. Zufriedenheit mit der Demokratie wurde auf einer Skala von „1 = überhaupt nicht zufrieden“ bis „11 = sehr zufrieden“ gemessen. Zur besseren Lesbarkeit berichten wir kategorisierte Ergebnisse (1–4: (eher) nicht zufrieden, 5–7: teils/teils, 8–11: (eher) zufrieden). Abweichungen von 100 % aufgrund von Rundungsdifferenzen.

Quelle: YouGov. Repräsentativ für die Wohnbevölkerung ab 18 Jahren, 2.117 Befragte, 09.–23.12.2025

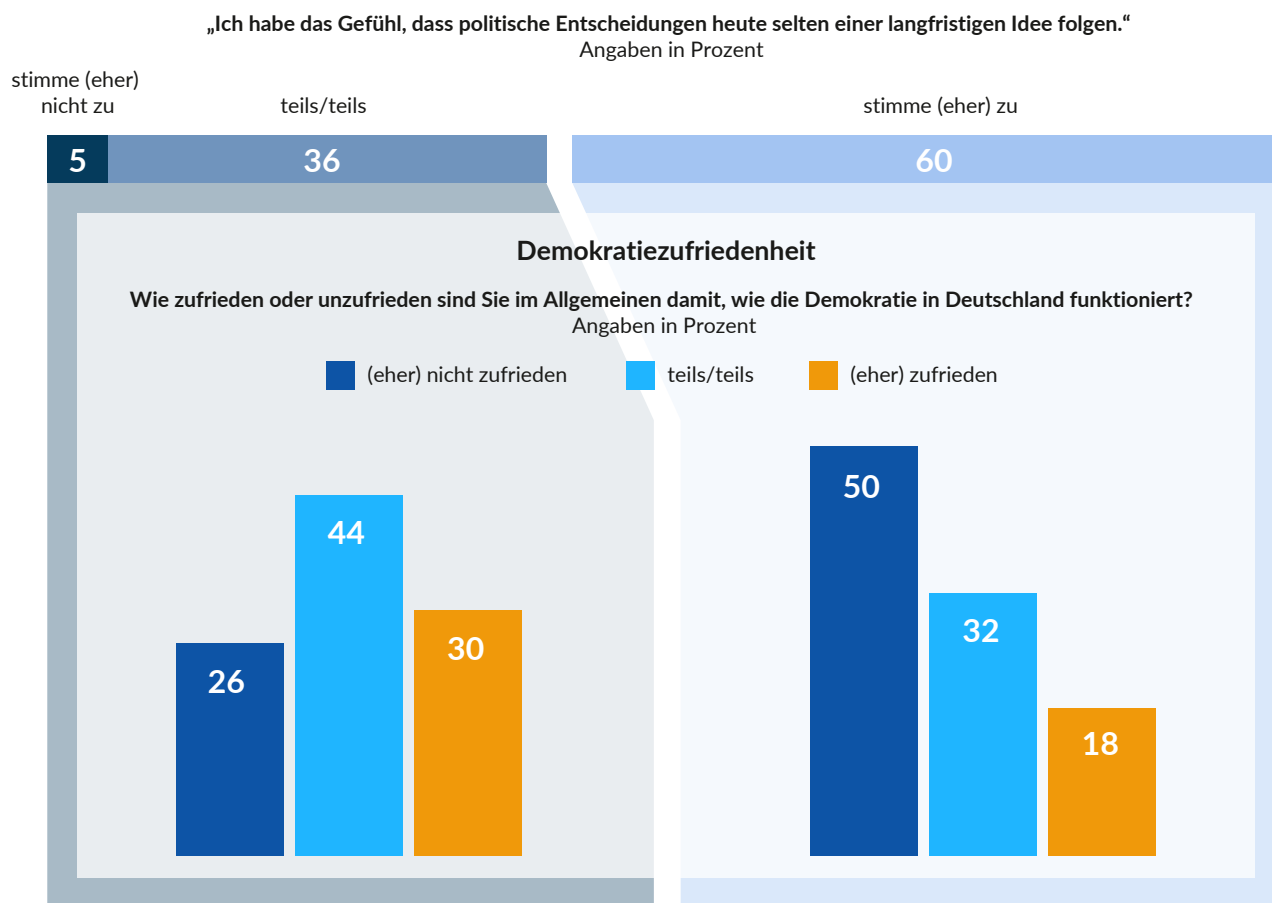
| BertelsmannStiftung

mung über politische Präferenzen und Altersgruppen hinweg: Die Wahrnehmung politischer Kurzfristigkeit ist kein Randphänomen, sondern weit verbreitet. Viele Menschen erwarten offenbar nicht nur wirksames Krisenmanagement, sondern auch eine erkennbare Vorstellung davon, wohin sich Gesellschaft langfristig entwickeln soll. Eine solche Orientierung könnte Unsicherheit reduzieren und einen gemeinsamen Bezugsrahmen schaffen, an dem Menschen, Unternehmen und andere gesellschaftliche Akteur:innen ihre eigenen (langfristigen) Entscheidungen ausrichten können.

Fehlende Zukunftsbilder und mangelnde Langfristigkeit gehen dabei mit Demokratieunzufriedenheit einher (siehe Abbildungen 10 und 11). Wer die lang-

fristige Orientierung politischer Entscheidungen und positive Zukunftsbilder vermisst, ist mit größerer Wahrscheinlichkeit auch unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie. Die aktuelle Demokratieunzufriedenheit entsteht also nicht allein aus der Bewertung politischer Leistungen in der Gegenwart. Sie hängt auch mit einem Mangel an Zukunftsperspektiven zusammen: Wo positive Zukunftsbilder fehlen und Politik vor allem als kurzfristiges Krisenmanagement wahrgenommen wird, fällt es schwerer, in die Gestaltungsfähigkeit demokratischer Institutionen zu vertrauen. Die Frage nach gesellschaftlichen Zukunftsentwürfen ist damit nicht nur eine Frage politischer Kommunikation, sondern eine zentrale Herausforderung für die Zukunftsfähigkeit der Demokratie selbst.

ABBILDUNG 11 **Demokratiezufriedenheit nach Langfristigkeit politischer Entscheidungen**



Die Zustimmung zu der Aussage „Langfristigkeit politischer Entscheidungen“ wurde auf einer Skala von „1 = stimme überhaupt nicht zu“ bis „11 = stimme voll zu“ gemessen. Zur besseren Lesbarkeit berichten wir kategorisierte Ergebnisse (1–4: (eher) nicht zufrieden, 5–7: teils/teils, 8–11: (eher) zufrieden). Zur Sicherung aussagekräftiger Gruppengrößen wurde die Auswahl von „stimme (eher) nicht zu“ (Antwortoptionen 1-4) und „teils/teils“ (Antwortoptionen 5-7) in einer Gruppe zusammengeführt. Zufriedenheit mit der Demokratie wurde auf einer Skala von „1 = überhaupt nicht zufrieden“ bis „11 = sehr zufrieden“ gemessen. Zur besseren Lesbarkeit berichten wir kategorisierte Ergebnisse (1–4: (eher) nicht zufrieden, 5–7: teils/teils, 8–11: (eher) zufrieden). Abweichungen von 100 % aufgrund von Rundungsdifferenzen.

Quelle: YouGov. Repräsentativ für die Wohnbevölkerung ab 18 Jahren, 2.117 Befragte, 09.–23.12.2025

| BertelsmannStiftung

Handlungsempfehlungen

Die Ergebnisse dieses Policy Briefs deuten darauf hin, dass Zukunftserwartungen, Zukunftsbilder und wahrgenommene Langfristigkeit nicht nur individuelle Einstellungen betreffen. Sie stehen auch mit Demokratiezufriedenheit und politischer Orientierung in Zusammenhang. Mangelnde Zukunftsperspektiven erscheinen damit nicht allein als individuelles Problem, dem mit positiver Kommunikation beizukommen wäre, sondern als grundsätzliche demokratische Herausforderung. Daraus ergeben sich drei zentrale Hebel für Politik und Gesellschaft.

Handlungsempfehlung 1:

Zukunft in demokratischen Prozessen verankern

Viele Menschen nehmen politische Entscheidungen als zu kurzfristig wahr. Internationale Erfahrungen zeigen, dass institutionelle Mechanismen dazu beitragen können, langfristige Perspektiven systematischer in politische Entscheidungen einzubringen. Finnland veranschaulicht, wie ein strukturierter Zukunftsdialog zwischen Regierung und Parlament – unterstützt durch ein umfassendes Foresight-Netzwerk – strategische Orientierung schaffen kann und kurzfristige Maßnahmen in langfristige Entwicklungspfade einordnet.

Erfahrungen aus Wales zeigen zudem, dass Institutionen zur Berücksichtigung zukünftiger Generationen vor allem dann Wirkung entfalten, wenn sie mit klaren Mandaten, Ressourcen und verlässlichen politischen Prozessen hinterlegt sind (Rose und Hoffmann 2026).

Auch in Deutschland gibt es bereits Institutionen und Ansätze, die langfristige Perspektiven in politische Entscheidungen einbringen sollen. Gleichzeitig zeigen die Ergebnisse dieses Einwurfs, dass viele Menschen Politik weiterhin als zu kurzfristig wahrnehmen. Die Frage, wie langfristige Perspektiven und die Interessen zukünftiger Generationen wirksamer in politische Entscheidungen integriert werden können, bleibt daher aktuell. Dazu zählt auch die stärkere Einbindung junger Menschen, die im Durchschnitt optimistischer auf die Zukunft blicken als ältere, zugleich aber als politische Minderheit strukturell unterrepräsentiert sind (Kurz 2026; El-Mafaalani, Kurtenbach und Strohmeier 2025). Die Bertelsmann Stiftung wird hierzu in den kommenden Jahren internationale Erfahrungen auswerten und konkrete Reformoptionen für Deutschland entwickeln.

Handlungsempfehlung 2:

Wie Parteien Zukunft nutzen können

Zukunftserwartungen stehen in Zusammenhang mit politischer Orientierung: Menschen mit pessimistischen Zukunftserwartungen unterstützen seltener Parteien der politischen Mitte und viele Befragte erkennen bei ihnen auch kein klares Zukunftsangebot. Für Parteien der Mitte ergibt sich daraus die Herausforderung, Zukunft nicht nur als programmatische Kategorie zu behandeln, sondern wieder stärker als Gegenstand politischen Wettbewerbs zu begreifen. Es reicht nicht, die Gegenwart zu managen oder die Politik anderer zu kritisieren. Stattdessen sollten Parteien vermitteln, welche Vorstellung von gesellschaftlicher Entwicklung sie verfolgen, welche Werte und Ziele sie damit verbinden und woran Fortschritt künftig gemessen werden soll:

a) Zukunftsangebote sichtbar machen:

Zukunftsbilder sollten nicht nur in Grundsatzpapieren formuliert, sondern in parlamentarischen Debatten, öffentlichen Auftritten und der alltäglichen politischen Kommunikation – vor Ort und digital – kontinuierlich erkennbar sein.

b) Zukunftsangebote konkretisieren:

Zukunftsbilder müssen sowohl glaubwürdig als auch wünschenswert sein. Sie sollten deshalb nicht allein wirtschaftliche oder technologische Entwicklung adressieren, sondern auch deutlich machen, wie sich Lebensqualität, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Gesundheit, Sicherheit und andere Faktoren eines guten gesellschaftlichen Lebens entwickeln sollen. Inklusive und ko-kreative Prozesse können dazu beitragen, dass solche Zukunftsbilder stärker an den Vorstellungen und Erfahrungen der Menschen anknüpfen und bereits im Entstehungsprozess Orientierung schaffen.

Für Parteien der Mitte liegt in dieser Handlungsoption eine doppelte Chance: Ein klares Zukunftsangebot kann politische Orientierung schaffen und zugleich das eigene politische Profil schärfen.

Handlungsempfehlung 3:

Zukunft durch Engagement erfahrbar machen

Vielen Menschen fehlen positive Zukunftsbilder für die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt. Gleichzeitig entstehen vielerorts bereits Räume, in denen Zukunft praktisch erprobt und erfahrbar wird: in Vereinen, Bürgerstiftungen, Mehrgenerationenhäusern, Dorfläden, Energiegenossenschaften, digitalen Communitys und vielen mehr. Sie machen sichtbar, dass gesellschaftliche Entwicklung gestaltbar ist, und schaffen konkrete Erfahrungen von Selbstwirksamkeit jenseits von Krisennarrativen und Abstiegsängsten.

Politik, Stiftungen und Zivilgesellschaft sollten solche Orte gezielt stärken, ihre Entstehung erleichtern, ihre Sichtbarkeit erhöhen und zugleich bestehende Hürden für gesellschaftliches Engagement abbauen. Zukunftsoptimismus entsteht nicht allein durch politische Kommunikation, sondern auch durch die Erfahrung, gemeinsam etwas gestalten zu können. Wo Menschen erleben, dass gesellschaftliche Entwicklung beeinflussbar ist und Engagement Wirkung entfaltet, werden positive Zukunftsperspektiven nicht nur gedacht, sondern praktisch erfahrbar.

Autor:innen



Dr. Jonathan M. Hoffmann

jonathan.hoffmann@bertelsmann-stiftung.de
Tel. +49 5241 81 81544

Jonathan Hoffmann ist Senior Project Manager im Projekt Zukunftsgerechte Demokratie der Bertelsmann Stiftung.



Kira Schrödel

kira.schroedel@bertelsmann-stiftung.de
Tel. +49 30 275788 190

Kira Schrödel ist Project Manager im Projekt Zukunftsgerechte Demokratie der Bertelsmann Stiftung.



Frieder Schmid

frieder.schmid@yougov.de
Tel. +49 221 42061 412

Frieder Schmid ist Account Director im Bereich Politik- und Meinungsforschung bei der YouGov Deutschland GmbH.



Lea Königshofen

lea.koenigshofen@yougov.de
Tel. +49 221 42061 239

Lea Königshofen ist Research Manager bei der YouGov Deutschland GmbH.

Literatur

Edelman Trust Barometer (2026). „Trust Amid Insularity“.

https://www.edelman.com/sites/g/files/aatuss191/files/2026-01/2026%20Edelman%20Trust%20Barometer%20Global%20Report_01.21.26_0.pdf (Download 28.04.2026).

Edelman Trust Barometer (2025). „Trust and the Crisis of Grievance“.

<https://www.edelman.com/trust/2025/trust-barometer> (Download 28.04.2026).

El-Mafaalani, Aladin (2026). *Misstrauensgemeinschaften*. Köln.

El-Mafaalani, Aladin, Sebastian Kurtenbach und Klaus Peter Strohmeier (2025). *Kinder – Minderheit ohne Schutz. Aufwachsen in der alternden Gesellschaft*. Köln.

Gaub, Florence (2026). „Die Zukunft war schon immer scheiße“. *Süddeutsche Zeitung* 03.04.2026. <https://www.sueddeutsche.de/kultur/florence-gaub-zukunft-optimismus-schwarzsehen-li.3457426?reduced=true> (Download 28.4.2026).

Heidenreich, Felix (2025). *Wie Hoffnung politisch wird. Die Zukunft der Demokratie*. Ditzingen.

Hermann, Isabella (2025). „Warum Veränderung Narrative braucht, und welche Geschichte die fortschrittliche Mitte erzählen kann“. *Die Radikale Mitte. Ideen für eine Zukunft der demokratischen Marktwirtschaft*. Hrsg. Ulrich Machold. Stuttgart. 152–169. <https://doi.org/10.17433/978-3-17-046760-6>

Kurz, Kira Renée (2026). „Auf dem Weg in die Gerontokratie?“ *Aus Politik und Zeitgeschichte* (76) 17. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/demografie-2026/577160/auf-dem-weg-in-die-gerontokratie/> (Download 03.06.2026).

Küsters, Anselm, und Jochen Andritzky (2025). „Wie zukunftsorientiert sind die Wahlprogramme? Eine empirische Analyse mit Künstlicher Intelligenz zur Bundestagswahl 2025“. *Policy Brief*. Hrsg. Centrum für Europäische Politik (cep). Freiburg i. Br., Berlin. https://www.cep.eu/fileadmin/user_upload/cep.eu/Studien/PolicyBrief_Wahlprogramme_2025/cep_ZF2050_PolicyBrief_BTW25_final.pdf (Download 28.04.2026).

Küsters, Anselm, und Jochen Andritzky (2024). „Welche Rolle spielt das Thema Zukunft im Bundestag?“. *Wirtschaftsdienst* (104) 4. 252–257. <https://doi.org/10.2478/wd-2024-0069>

Metelmann, Jörg, und Harald Welzer (2020). „Imagineering – Eine Poetologie der Transformation“. *Imagineering: Wie Zukunft gemacht wird*. Frankfurt am Main. 9–40.

Rose, Michael, und Jonathan M. Hoffmann (2026). *Demokratische Governance der Zukunft – ein Atlas. Internationale Beispiele für institutionelle Reformen zur Berücksichtigung langfristiger Interessen und zukünftiger Generationen in politischen Entscheidungen*. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/demokratische-governance-fuer-die-zukunft-ein-atlas>

Vehrkamp, Robert, und Michael Koß (2026). „Demokratiemonitor 2026. Legitimität und Performanz der Demokratie“. *Einwurf* 03.2026. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/EINWURF_03_2026.pdf (Download 26.06.2026).

White, Jonathan (2024). *In the Long Run: The Future as a Political Idea*. London.

Impressum

Lektorat

Rudolf Jan Gajdacz
Nicole Henrichfreise

Titelillustration

Hanna Stüker

Layout

Markus Diekmann

Fotonachweise

Seite 16: © Ansichtssache_Britta_Schröder
© YouGov Deutschland GmbH

ID_3041

V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung · Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh · www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Regina von Görtz

Redaktionsassistent und Anfragen:

nicole.henrichfreise@bertelsmann-stiftung.de
Tel. +49 5241 81 81132

Juli 2026 | ISSN: 2197-5256

EINWURF – Ein Policy Brief der Bertelsmann Stiftung

Der EINWURF ist ein Policy Brief des Programms »Demokratie und Zusammenhalt« der Bertelsmann Stiftung. Er beschäftigt sich mit aktuellen Herausforderungen der Demokratie. Schwerpunkte sind Fragen der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe, der Diskurs- und Konfliktfähigkeit, des Engagements und Miteinanders, der Funktionsfähigkeit demokratischer Institutionen und Verfahren und der Zukunftsgerechtigkeit.